

# BESCHLUSS DES HAUPTAUSSCHUSSES VOM 17. FEBRUAR 2021

## DAS STUDIENFACH SOZIALWISSENSCHAFT MUSS BLEIBEN!

*Der Landesjugendring NRW fordert den Erhalt des Schulfachs Sozialwissenschaft und die Weiterentwicklung dieses um die Themen Antirassismus, Demokratie und Partizipation.*

Der Landesjugendring NRW wird sich auch im Sinne des Hauptausschussbeschlusses vom 21. Februar 2017: *Bildungspolitische Forderungen des Landesjugendrings NRW* dafür einsetzen, dass die geplante Änderung der Vorschrift zur Lehrer\_innenausbildung und somit die Abschaffung des Studienfachs Sozialwissenschaft verhindert werden.

Der Vorstand des Landesjugendrings NRW positioniert sich gegenüber der Landesregierung und dem Landtag NRW und beteiligt sich an einem breiten Bündnis.

### **Begründung:**

Mit der Vorlage 17/4275 zur „Änderung von Vorschriften der Lehrerausbildung“ vom 24. November 2020 an den NRW-Landtag plant die Landesregierung in NRW das Studienfach Sozialwissenschaften durch das Studienfach Wirtschaft-Politik zu ersetzen. Dies hätte zur Folge, dass in Zukunft das Fach Sozialwissenschaft an Schulen verschwindet und die Schüler\_innen sich weniger mit unserer Gesellschaft und unserem gemeinsamen Zusammenleben auseinandersetzen. Der Landesjugendring NRW, als Akteur der politischen Bildung, setzt sich für eine stärkere Partizipation und ein solidarisches Zusammenleben von Kindern und Jugendlichen in NRW ein, welches eine kritische Auseinandersetzung mit den sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen bedingt.

Schon vor der Einführung der Fächer Wirtschaft beziehungsweise Wirtschaft-Politik 2019 nahmen sozialwissenschaftliche und politische Themen weniger als ein Drittel in den Lehrplänen ein. Eine Abschaffung des Studienfachs Sozialwissenschaft würde diese Entwicklung in Zeiten von rechtspopulistischen Strömungen und einem Erstarren von antidemokratischen Parteien, welche die Schüler\_innen mit ihren zweifelhaften Weltanschauungen beeinflussen, eher noch verschärfen.

Eine Auseinandersetzung mit unserer Gesellschaft, unserem Zusammenleben und politischer Bildung ist gerade heutzutage wichtiger denn je.

Wenn man sich zum Beispiel Anfang 2021 die Geschehnisse zur Amtseinführung des neuen US-Präsidenten, die zunehmenden rechtspopulistischen Strömungen in vielen Ländern oder die Verschwörungstheoretiker\_innen auf Corona-Leugner\_innen-Demonstrationen anschaut, beweist dies eindeutig, wie wichtig es ist, sich nicht nur mit dem Bereich Wirtschaft und dem Umgang mit Geld im Schulunterricht zu beschäftigen, sondern auch gesellschaftspolitischen Themen einen gleichwertigen Platz einzuräumen.

Fast alle Schüler\_innen nutzen in ihrem Alltag soziale Medien wie Facebook, WhatsApp oder YouTube. Digitale Kanäle dienen laut der Shell-Studie 2019 auch als wichtigste politische Informationsquelle für junge Menschen. Hier treffen die Schüler\_innen aber immer mehr auf Fake News, Hate Speech oder Verschwörungstheorien, die sie womöglich ungefiltert aufnehmen. Das Fach Sozialwissenschaft bietet hier den Raum, um über politische und

gesellschaftliche Themen zu sprechen, diese Informationen zu bewerten und um sich eine eigene Meinung zu bilden.

Schon heute ist festzustellen, dass politische Inhalte in den Lehrplänen in NRW leider eine untergeordnete Rolle spielen. Die deutschlandweite Studie „Ranking politische Bildung 2018“ und auch die NRW-spezifische Studie „Wirtschaft gut – Politik mangelhaft“ der Universität Bielefeld führen uns dies vor Augen. In einem Kommentar zum Ergebnis des Ranking 2018 für NRW heißt es: „Am Themenbereich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Sekundarstufe I hat Politik nur einen Anteil zwischen 20 und 28 Prozent. Ökonomische Themen machen dagegen je nach Schulform zwischen 56 und 69 Prozent an der durch Vorgaben verbindlichen Unterrichtszeit in diesem Bereich aus, die in Form von Kernlehrplänen und Erlassen festgelegt ist.“

Die Gesellschaft für Soziologie (DGS) hat in ihrer eigenen Stellungnahme zum Entwurf der Regierung festgestellt, dass die Kernlehrpläne 2019 und 2020 mindestens ein Drittel an sozialwissenschaftlichen Inhalten als verpflichtend vorgeben. Von daher würde eine Abschaffung des Studienfachs Sozialwissenschaft dazu führen, dass die betroffenen Lehrer\_innen deutlich schlechter qualifiziert wären als diejenigen, die Sozialwissenschaft studiert haben.

Die Folgen wären wohl, dass zukünftig Lehrer\_innen und Schüler\_innen nur noch Wirtschaftssysteme, den Markt und das Bankenwesen kennen. Jedoch aber nicht mehr die Auswirkungen von wirtschaftlichen Entwicklungen auf die Gesellschaft, ein grundlegendes Verständnis, wie unsere Demokratie funktioniert oder aber wie man sich selbst in der Gesellschaft einbringen kann.

#### Quellen/weiterführende Informationen:

- Beschluss „Bildungspolitische Forderungen des Landesjugendrings NRW“ vom 21. Februar 2017: [https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2019/02/2017\\_02\\_21-HA-Beschluss-Bildungspolitische-Forderungen.pdf](https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2019/02/2017_02_21-HA-Beschluss-Bildungspolitische-Forderungen.pdf)
- Stellungnahme der DGS (Deutsche Gesellschaft für Soziologie) zum Änderungsentwurf zur Lehramtszugangsverordnung: [https://soziologie.de/fileadmin/user\\_upload/ausschuesse/schule/DGS-Stellungnahme\\_sozwiss.\\_Lehramtsstudiengaenge\\_in\\_NRW.pdf](https://soziologie.de/fileadmin/user_upload/ausschuesse/schule/DGS-Stellungnahme_sozwiss._Lehramtsstudiengaenge_in_NRW.pdf)
- Shell Jugendstudie 2019: [https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/\\_jcr\\_content/par/toptasks.stream/1570708341213/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf](https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/_jcr_content/par/toptasks.stream/1570708341213/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf)
- Studie „Ranking politische Bildung 2018“ der Universität Bielefeld: <https://pub.uni-bielefeld.de/download/2934293/2934488.pdf>
- Studie „Wirtschaft gut – Politik mangelhaft“ der Universität Bielefeld: [https://pub.uni-bielefeld.de/download/2932554/2932703/G%C3%B6kbudak\\_Hedtke\\_Wirtschaft\\_gut\\_Politik\\_mangelhaft\\_final\\_WP8\\_2018.pdf](https://pub.uni-bielefeld.de/download/2932554/2932703/G%C3%B6kbudak_Hedtke_Wirtschaft_gut_Politik_mangelhaft_final_WP8_2018.pdf)